

## 1.5 Verteilung von Einkommen und Armut

**DIE LEISTUNGEN DER STADT WIEN** sind zum Großteil den bedarfsgeprüften Leistungen zuzuordnen. Dies bedeutet, dass die Einkommenshöhe die Höhe der Unterstützung bestimmt. Demzufolge ist die Einkommenssituation der Wiener Bevölkerung von zentraler Bedeutung, nicht nur für die Höhe der Wiener Sozialausgaben, sondern auch für das Ausmaß der Inanspruchnahme. Sinken Einkommen oder erhöht sich die Anzahl von Personen mit geringen Einkommen, so ist von einer höheren Inanspruchnahme von Sozialhilfe auszugehen. Vor allem die Entwicklung der Höhe des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe sowie die Entwicklung der Erwerbseinkommen sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Pensionseinkommen spielen in der offenen Sozialhilfe eine untergeordnete Rolle, wirken sich aber wiederum stärker in der Pflege aus. Auch hier wird es bei sinkenden Einkommen zwangsläufig zu einer Erhöhung der Förderungen und zu einer erhöhten Inanspruchnahme von geförderter Pflege kommen. Wichtige Indikatoren zur Darstellung der Einkommensentwicklung sind die Einkommensverteilung, die Einkommenshöhen sowie die Armutsgefährdungsquoten. Auf der anderen Seite ist die Preisentwicklung ein wesentlicher Maßstab zur Beurteilung der realen Einkommenssituation.

Geringere Erwerbseinkommen und geringere Versicherungsleistungen führen zu einer höheren Inanspruchnahme von Sozialleistungen des Landes.

### Einkommensverteilung

Laut einer aktuellen Studie des WIFO<sup>14</sup> nimmt die Verschiebung des Volkseinkommens von den Lohneinkommen zu den Gewinn- und Vermögenseinträgen in den letzten Jahren immer stärker zu. So hat sich das Volkseinkommen von 1996 bis 2006 jährlich um 3,6% erhöht, während die Entlohnung des Faktors Arbeit im selben Zeitraum nur um 0,8% pro Jahr gestiegen ist. Bemerkenswert ist dieser Umstand vor allem, weil sich die Anzahl der Erwerbstätigen seit den 1970er Jahren nahezu verdoppelte<sup>15</sup>.

Demnach sind die Gewinn- und Vermögenseinkommen weit stärker gestiegen als die Lohneinkommen. Dieser Prozess wurde in den letzten Jahren weiter beschleunigt. Verdeutlicht wird dies auch durch die sinkende Lohnquote (Lohnanteil am Volkseinkommen<sup>16</sup>), die allein in den Jahren 2001 bis 2007 von 72% auf 66,6% fiel (1978: 78,7%)<sup>17</sup>. Diese Effekte sind laut WIFO in Österreich weit stärker ausgeprägt als in den meisten anderen westeuropäischen Staaten.

Zusätzlich steigt auch die Abgabenbelastung für die ArbeitnehmerInnen. Dies wird durch einen Vergleich der Brutto- mit der Nettolohnquote<sup>18</sup> ersichtlich. Solange sich beide parallel entwickeln, bedeutet dies eine relative Gleichverteilung der Abgaben- und Steuerleistung auf die Faktoren Arbeit und Kapital, bei völlig gleichmäßiger steuerlicher Belastung von unselbständigem und selbständigem Einkommen bzw. Vermögen würden die Brutto- und die Nettolohnquote theoretisch übereinstimmen. Da jedoch die Lohneinkommen in den

In den letzten Jahren war eine Verschiebung von den Lohneinkommen zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen festzustellen. Sichtbar wird dies vor allem in einem geringeren Anstieg der Löhne im Vergleich zum Volkseinkommen.

<sup>14</sup> Vgl. Guger, Alois et al. (2009): Umverteilung durch den Staat in Österreich, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und -entwicklung (2008): 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien.

<sup>16</sup> Anteil der Entgelte für unselbständige Arbeit am Volkseinkommen.

<sup>17</sup> Vgl. Guger, Alois/Knittler, Käthe (2008): 17. Entwicklung und Verteilung der Einkommen, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

<sup>18</sup> Die Nettolohnquote errechnet sich aus dem Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen. Bei der Bruttolohnquote wird das Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit vor Abzug von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen zur Berechnung herangezogen.



An der gestiegenen Differenz zwischen Brutto- und Nettolohnquote ist die stärkere Belastung des Faktors Arbeit gut erkennbar.

letzten Jahren immer stärker belastet wurden, stieg auch die Differenz zwischen Netto- und Bruttolohnquote<sup>19</sup>. Neben der wachsenden Arbeitslosigkeit nennt das WIFO als weitere Ursache für die sinkende Lohnentwicklung unter anderem die *Flexibilisierung* des Arbeitsmarktes (Ausgliederungen von Arbeitsbereichen, größere Anzahl an Teilzeitbeschäftigungen und die Ausweitung von neuen Beschäftigungsverhältnissen).

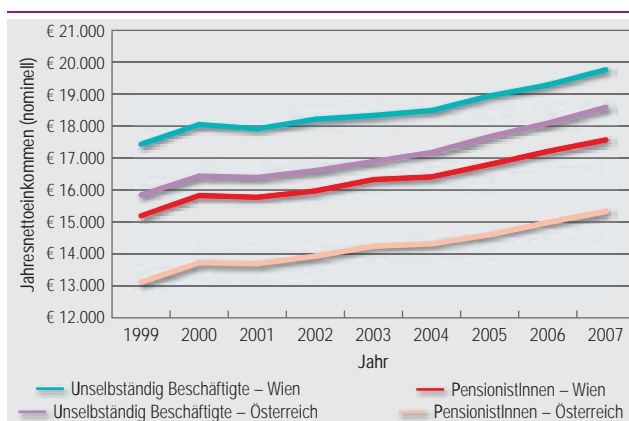
	1996	2001	2006	Veränderung 1996–2006	Veränderung 2001–2006
1. Quintil	2,9%	2,5%	2,2%	-24,14%	-12,00%
2. Quintil	10,8%	10%	9,5%	-12,04%	-5,00%
3. Quintil	17,6%	17,4%	17,1%	-2,84%	-1,72%
4. Quintil	24,1%	24,3%	24,5%	1,66%	0,82%
5. Quintil	44,7%	45,8%	46,7%	4,47%	1,97%

■ Tabelle 3: Entwicklung der Einkommensanteile (brutto) am Gesamtlohneinkommen 1996–2006

Quelle: WIFO

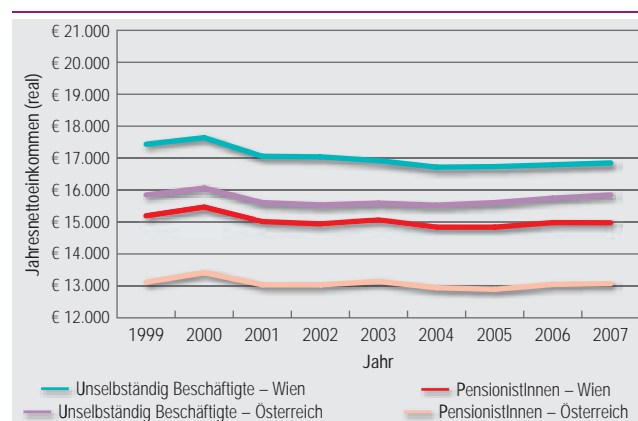
### Lohnentwicklung

Seit Mitte der 1990er Jahre vergrößert sich in Österreich die Einkommensschere zwischen Hoch- und Niedriglohneinkommen. Unterteilt man die Bevölkerung in fünf Einkommensgruppen, so zeigt sich folgendes Bild: Während jene zwei Fünftel der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen Zuwächse verbuchen können, mussten die restlichen drei Fünftel der ÖsterreicherInnen – bezüglich ihres Anteils am Gesamtlohneinkommen – Verluste hinnehmen (siehe Tab. 3). Am höchsten waren die Einbußen mit minus 12% in jenem Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Das bedeutet, dass eine Veränderung der Verteilung innerhalb der Lohneinkommen stattfindet, die die Bevölkerungsgruppen mit dem niedrigsten Einkommen am stärksten benachteiligt. Ein Grund dafür liegt in der sektoral differenzierten Entwicklung, wodurch einige Branchen profitieren und andere wiederum verlieren.



■ Abb. 32: Jahreseinkommen (nominell) von unselbständig Beschäftigten und PensionistInnen 1999–2007 (Wien – Österreich)

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA 24

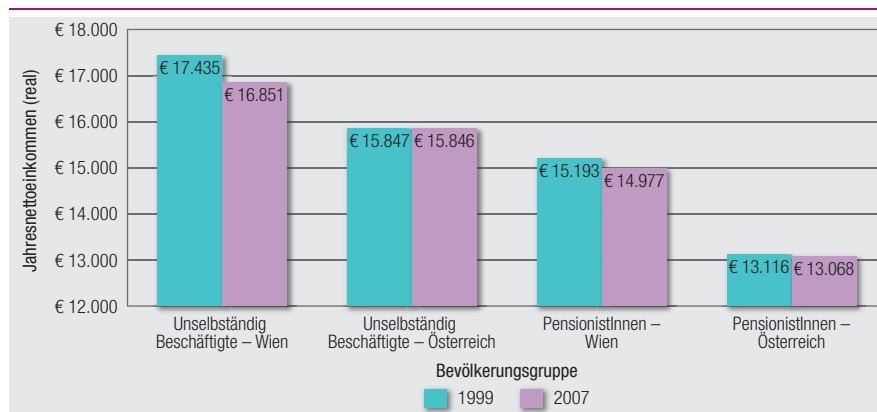


■ Abb. 33: Jahreseinkommen (real, bezogen auf 1999) von unselbständig Beschäftigten und PensionistInnen 1999–2007 (Wien – Österreich)

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA 24

<sup>19</sup> Die Nettolohnquote sank wesentlich stärker – von rund 65% des Volkseinkommens im Jahr 2000 auf unter 58% 2006, während die Bruttolohnquote in diesem Zeitraum von knapp über 70% auf rund 67% sank.

Ein Vergleich der lohnsteuerpflichtigen Jahreseinkommen zeigt eine relativ gleichförmige Lohnsteigerung sowohl in Wien als auch in Österreich. Ausgehend von einem weit niedrigeren Niveau im Jahr 1999 fiel die Steigerung jedoch bundesweit bis 2007 höher aus. So stiegen die Einkommen von 1999 bis 2007 in Wien um 13,4%, während die Erhöhung bundesweit knapp 17% betrug. Auch die Pensionen erhöhten sich in diesem Zeitraum im österreichischen Schnitt stärker als in Wien (Ö: 16,9%; W: 15,6%).



Im Vergleich zu Österreich sinken die Realeinkommen in Wien, was primär auf ein höheres Preisniveau in Wien hindeutet.

Abb. 34: Realeinkommensvergleich 1999/2007 (Wien – Österreich)

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA 24

Demgegenüber kann beim Reallohnvergleich<sup>20</sup> ein markanter Unterschied zwischen Wien und Gesamtösterreich festgestellt werden. Bezogen auf das Jahr 1999 zeigt sich für Österreich sowohl bei den Realeinkommen von unselbständig Beschäftigten als auch bei den PensionistInnen bis heute ein gleichbleibendes Niveau. In Wien sanken die Reallohneinkommen jedoch nach einem kurzen Anstieg im Jahr 2000 um insgesamt 3,4% von 17.435 Euro im Jahr 1999 auf 16.851 Euro (2007). Der Rückgang der Pensionen fiel mit 1,5% etwas geringer aus.

### Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern

Im Vergleich zu Gesamtösterreich sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Wien am geringsten. Allerdings haben sie sich in den letzten Jahren kaum verringert. Der Einkommensvergleich von Frauen und Männern in Wien zeigt eine relativ gleichförmige Entwicklung. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen ist ein nomineller Lohnanstieg bei gleichzeitigem Reallohnverlust<sup>21</sup> zu beobachten. Während im Jahr 2007 Männer real 19.177 Euro (nominell 22.498 Euro) im Durchschnitt verdienten, erhielten Frauen im Durchschnitt real nur 14.343 Euro (nominell 16.826 Euro). Damit verdienen Männer immer noch um rund ein Drittel mehr als Frauen.

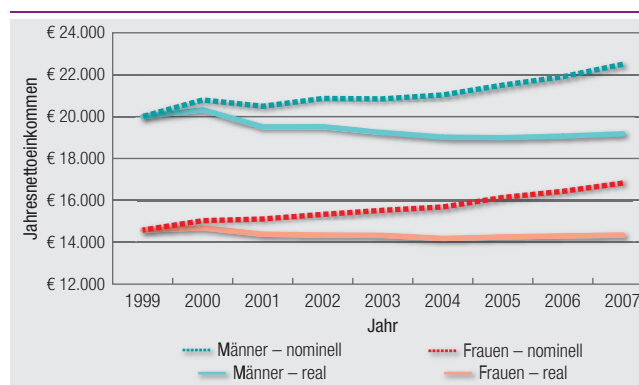


Abb. 35: Entwicklung des Jahresnettoeinkommens nach Geschlecht 1999–2007, Vergleich nominell - real (Wien)

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA 24

<sup>20</sup> Zur Darstellung der realen Entwicklung der lohnsteuerpflichtigen Jahreseinkommen wurden die Einkommen zu Preisen von 1999 (auf Basis des Verbraucherpreisindex 1996) berechnet.

<sup>21</sup> *Nominell* bedeutet, dass die Lohnentwicklung nicht inflationsbereinigt wurde. Bei *realer* Betrachtung erfolgt diese Bereinigung.



Durchschnittlich gesehen sind daher in der Bundeshauptstadt neben den höchsten auch die niedrigsten Einkommen in Österreich zu verzeichnen.

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind vor allem im untersten Einkommenssegment festzustellen. Während jene 25% der Frauen mit dem geringsten Einkommen in Wien immer noch mehr verdienen als bundesweit, liegt das niedrigste Einkommensviertel bei den Männern in Wien weit unter dem österreichischen Niveau. So lag das Jahreseinkommen der Wiener in diesem Segment im Jahr 2007 um 4.385 Euro (!) unter dem bundesweiten Durchschnitt. Das Jahreseinkommen der Wienerinnen lag jedoch um rund 1.000 Euro über dem Bundeschnitt.

in Euro		2004	2005	2006	2007
Wien	Frauen und Männer	8.249	8.320	8.375	8.515
	Frauen	7.378	7.457	7.482	7.580
	Männer	9.235	9.267	9.373	9.533
Österreich	Frauen und Männer	8.588	8.696	8.909	9.272
	Frauen	6.064	6.175	6.302	6.532
	Männer	12.764	12.962	13.220	13.918

■ Tabelle 4: Entwicklung der Nettojahreseinkommen der ärmsten 25 Prozent der Bevölkerung 2004–2007

Quelle: Statistik Austria – Allgemeine Einkommensberichte 2006 und 2008

Der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern ist österreichweit im niedrigsten Einkommensviertel auffallend groß: Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als die Hälfte des Einkommens der Männer. In Wien fällt die geschlechtsspezifische Einkommensschere in diesem Segment geringer aus. Das Einkommen von Männern ist in dieser Gruppe um etwas mehr als ein Viertel höher als das der Frauen.

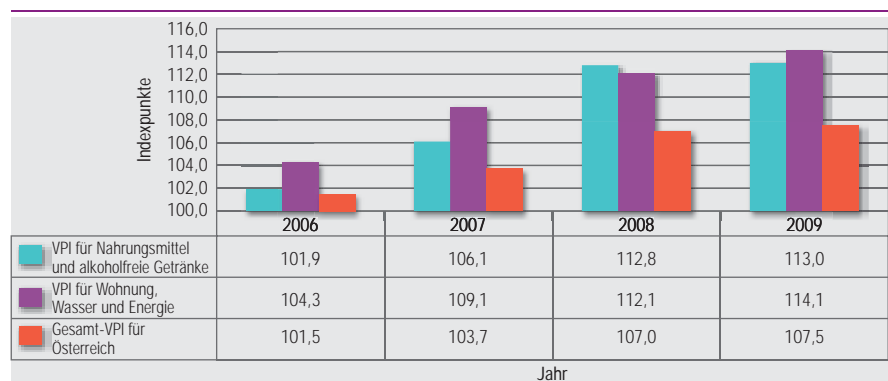


Höhere Preise treffen primär Menschen mit geringen Einkommen, da kaum Spielräume für Einsparungen gegeben sind.

### Preisentwicklung

Menschen mit geringen Einkommen sind von steigenden Preisen besonders betroffen, da sie mit ihrem Einkommen primär Grundbedürfnisse abdecken und Einsparungen kaum möglich sind.

Die Preisentwicklung der letzten vier Jahre zeigt eine Preissteigerung, die vor allem in den grundlegenden Bereichen der Lebenshaltung, wie Nahrungsmittel und Wohnaufwand, überproportional ausfiel. Während der Gesamtindex seit 2005 eine Erhöhung von 7,5% beschreibt, nahm der Index für Nahrungsmittel um 13% zu, jener für Wohnung, Wasser und Energie sogar um 14,1%.



■ Abb. 36: Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) 2005 im Jahresdurchschnitt 2006–2009 (Österreich)

Quelle: Statistik Austria

## Armutsentwicklung

Mit Armut wird allgemein der Mangel an lebensnotwendigen Gütern (wie Nahrung, Kleidung, geschützter Wohnraum etc.) beschrieben. Im weiteren Sinn bedeutet Armut das Fehlen von Ressourcen und Möglichkeiten, an zentralen gesellschaftlichen Bereichen bzw. am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben.

Armutslagen entstehen häufig in Zusammenhang mit Lebenskrisen und *life events* (wie der Verlust des Arbeitsplatzes, Scheidung, Erkrankung, längere psychische Belastungssituation), die mit einer finanziellen Notlage einhergehen. Diese können zu einer temporären Armutssituation führen, bei längerer Dauer jedoch eine Beeinträchtigung des gesamten Lebensbereiches auslösen. Im Verlauf einer Krisensituation kann es, bedingt durch mangelnde finanzielle Ressourcen, zu einer zunehmenden Isolation kommen. Betroffene können sich den *normalen Alltag* (wie etwa Kino, Schwimmbad, Gasthaus etc.) nicht mehr leisten und versuchen diesen Umstand aus Scham zu verbergen. Soziale Kontakte gehen dadurch verloren. Aus einer derartigen Krisensituation können sich Betroffene kaum selbst wieder befreien.

Sachleistungen wie unentgeltliche Bildungs-, Kultur-, Sport- und sonstige Freizeitangebote sind daher besonders wichtig, weil sie – ohne zu stigmatisieren – von allen in Anspruch genommen werden können.

## Armut in der Großstadt

Der Faktor Großstadt spielt in Bezug auf die Armutsentwicklung eine besondere Rolle, da hier soziale Problemlagen in konzentrierter Form auftreten. Ein aktueller Bericht des europäischen Städte-Netzwerks *Eurocities*<sup>22</sup> weist darauf hin, dass Städte verstärkt mit Formen sozialer Benachteiligung konfrontiert sind. In Großstädten sind höhere Anteile an Arbeitslosen und Armutsbetroffenen, an Wohnungslosigkeit sowie eine niedrigere Lebenserwartung festzustellen. Diese Benachteiligungen treten meist kumulativ auf und konzentrieren sich auf bestimmte Stadtgebiete. Auch in Wien ist die Armutsbetroffenheit höher als in Gesamtösterreich. Im Vergleich mit anderen Großstädten weist Wien jedoch eine geringe Armutsbetroffenheit auf und auch die Segregationstendenzen sind eher als gering anzusehen.

Die Großstadt weist zum einen eine hohe ökonomische und soziale Innovationskraft auf, zum anderen treten soziale Problemlagen in konzentrierter Form auf.

## Großstadtfaktor

Dr.<sup>in</sup> Karin Heitzmann, *Wirtschaftsuniversität Wien*

Ein Phänomen, das in vielen Großstädten beobachtbar ist, trifft auch auf Wien zu: Es sind mehr Menschen armutsgefährdet als im Rest Österreichs. Untersuchungen kommen oft zu einem ähnlichen Ergebnis: Städtische Armut ist multidimensional, außerordentlich komplex und schwer zu verstehen. Die häufigsten Ursachen für Armut in Städten liegen – vergleichbar mit der Armut in ländlichen Regionen – in einem niedrigen Bildungsniveau, einer hohen Erwerbsarbeitslosigkeit sowie in spezifischen Familienformen (Alleinerziehende, Großfamilien). Ein besonders hohes Armutsrisiko weisen MigrantInnen auf, die sich überwiegend in urbanen Regionen ansiedeln. Aus rechtlichen Gründen, aber auch aufgrund von Sprachbarrieren haben sie besondere Schwierigkeiten bei der Partizipation am Arbeitsmarkt.

Die Lebenssituation armer Menschen in Städten ist durch überfüllte Wohn- bzw. enge Lebensräume charakterisiert. Das wirkt sich sowohl auf die Sicherheit als auch auf die Gesundheit negativ aus. Auch der Mangel an sozialer Integration und innerfamiliärer sozialer Sicherheit

ist in Städten ein größeres Problem armer Bevölkerungsteile als in ländlichen Regionen. Weil die Gemeinschaftsstrukturen in Städten nicht so gut entwickelt sind wie in ländlichen Gebieten, ist die formale Bereitstellung von existenznotwendigen Gütern wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur etc. besonders wichtig. Dies gilt auch für die finanziellen Unterstützungen von Seiten der Stadt. In Wien ist der Anteil der SozialhilfebezieherInnen kontinuierlich gestiegen. Zwar ist der Pro-Kopf-Betrag der ausbezahlten Sozialhilfe im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern niedrig. Es gibt allerdings kein Bundesland, das an so viele seiner BewohnerInnen Sozialhilfe ausbezahlt hätte wie Wien. Das wird nicht nur durch die erhöhte Armutsrate in Wien erklärt, sondern auch durch die zunehmende Durchlässigkeit der der Sozialhilfe vorgelegerten Sicherungssysteme. So reichen oft weder Einkommen aus Erwerbsarbeit (*Working Poor*) noch Transfereinkommen vom Sozialstaat (z.B. Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe) aus, um ein Leben über der Armuts- bzw. Sozialhilfegrenze zu ermöglichen. ■

<sup>22</sup> [www.2010againstopoverty.eu/news/news/news14.html?langid=de](http://www.2010againstopoverty.eu/news/news/news14.html?langid=de) (01.03.2010).

Ein Maß für die Erfassung von Armut stellt die *Armutsgefährdungsquote* nach den *European Statistics on income and living conditions (EU-SILC)* dar<sup>23</sup>. Dieses gebräuchlichste Modell zur Erfassung von Armut konzentriert sich fast ausschließlich auf den finanziellen Aspekt (Einkommen). Nicht berücksichtigt werden nicht-monetäre Unterstützungsleistungen (Sachleistungen) sowie das gesamte soziale Infrastrukturangebot. Die *EU-SILC*-Statistiken geben Aufschluss über die monetäre Verteilung in der Gesellschaft und können daher eher als Gradmesser des Wohlstandes herangezogen werden. Auskunft über tatsächliche Ausgaben und den Bedarf an notwendigen Ressourcen zur Alltagsbewältigung wird damit nicht gegeben. Zudem handelt es sich um sogenannte Haushalts-erhebungen, die auf das gesamte Einkommen eines Haushalts abstellen. Über die Aufteilung innerhalb eines Haushalts bzw. zwischen Ehepaaren, Männern und Frauen kann daher keine Aussage getroffen werden.

Nach der aktuellsten Erhebung 2008 waren in Österreich 12,4% der Bevölkerung, das sind rund 1 Mio. Menschen, armutsgefährdet. Dem Bericht der *Statistik Austria* zufolge sind in Wien 17% der Bevölkerung (260.000 Personen) armutsgefährdet. Die Bundesländerangaben beruhen jedoch auf sehr kleinen Stichproben und variieren sehr stark von Jahr zu Jahr, sodass diese nur bedingte Aussagekraft haben. Aufgrund der enthaltenen Schwankungsbreite (95% Konfidenzintervall: 14,3% – 19,7%) kann im Verlauf der letzten Jahre von einer gleichbleibenden Armutslage ausgegangen werden. Allerdings wurden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nach 2008 hier noch nicht berücksichtigt.



Laut *EU-SILC* 2008 liegt die Armutsgefährdungsquote in Österreich bei ca. 12%, in Wien liegt sie etwas höher bei ca. 17%.

	Finanzielle Deprivation				20% Teilhabemangel
	Nein		Ja		
Armutsgefährdung durch geringes Einkommen (unter der Armutsgefährdungsschwelle)	Nein	Kein Mangel	73,7%	Teilhabemangel	13,9%
	Ja	Einkommensmangel	6,4%	Manifeste Armut	6,0%
12,4% Armutsgefährdung					

■ Tabelle 5: **Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation 2008**

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

### Armutsgefährdung in Österreich

Armutsgefährdet ist, wer weniger als 60% des Medians<sup>24</sup> des Äquivalenzeinkommens zur Verfügung hat. Laut *EU-SILC* 2008 lag der Median des Äquivalenzeinkommens für Österreich bei 19.011 Euro/Jahr. Die bundesweite Armutsgefährdungsschwelle für 2008 liegt demnach für einen Einpersonenhaushalt bei 951 Euro/Monat<sup>25</sup>. Für jede weitere im Haushalt lebende erwachsene Person wird dieser Betrag um 475 Euro/Monat und für jedes Kind um 285 Euro/Monat erhöht. Für ein Ehepaar lässt sich daher ein Betrag von 1.426 Euro/Monat errechnen und für eine Familie mit zwei Kindern ein Betrag von 1.996 Euro/Monat.

Für Wien betrug der Median des Äquivalenzeinkommens<sup>26</sup> 2008 18.683 Euro/Jahr (siehe Abb. 37). Im Vergleich der Jahresäquivalenzeinkommen von Wien und Österreich zeigen sich Unterschiede analog zur Entwicklung der Reallohneinkommen. Während Personen in Wien im obersten Einkommensviertel mehr Geld zur Verfügung steht als österreichweit, liegen die Jahresäquivalenzeinkommen der untersten Hälfte unter dem Bundesniveau. Dem obersten Einkommenszehntel steht in Wien ein Betrag von mehr als 35.151 Euro zur Verfügung, dem untersten jedoch weniger als 9.835 Euro. Somit erhält das oberste Dezil mehr als 3,5-mal so viel wie das unterste.

<sup>23</sup> Diese Befragung zu Einkommen, Armut und Lebensbedingungen wird für Österreich von der Statistik Austria durchgeführt.

<sup>24</sup> Siehe Fußnote 6.

<sup>25</sup> Jahreswert auf 12 Monate umgelegt.

<sup>26</sup> Das Äquivalenzeinkommen errechnet sich aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte im Haushalt.

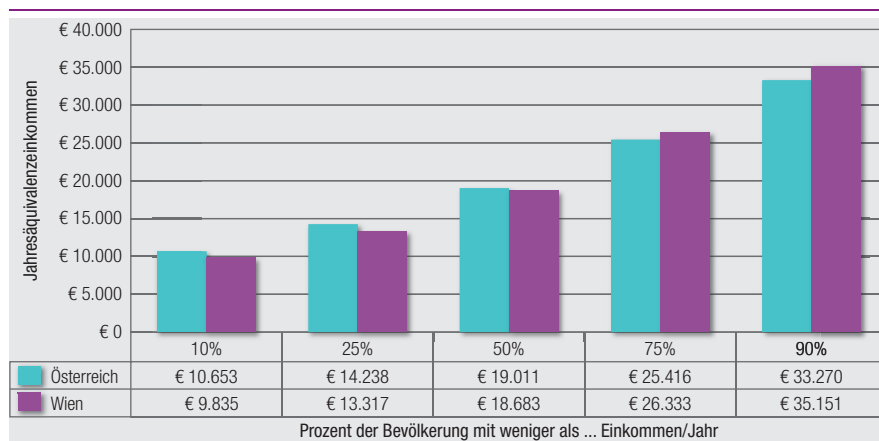


Abb. 37: Jahresäquivalenzeinkommen 2008 (Österreich–Wien)

Quelle: Statistik Austria-EU-SILC 2008

Die Stadt Wien bietet neben der Sozialhilfe bzw. der *Bedarfsorientierten Mindestsicherung* viele Ermäßigungen und Vergünstigungen (z.B. Wiener Mobilpass) sowie ein breites Angebot an Sachleistungen für (armutsgefährdete) WienerInnen an und unterstützt sie durch entsprechende Maßnahmen (z.B. durch Beratung oder/und arbeitsintegrative Maßnahmen).

Laut *EU-SILC 2008* können in einer Längsschnittauswertung von 2004 bis 2007 rund 5% der österreichischen Bevölkerung als dauerhaft armutsgefährdet bezeichnet werden, 27% lagen in dieser Periode mit ihrem Einkommen zumindest einmal unter der Armutsschwelle. Bestimmte Gruppen sind zudem stärker von Armutsgefährdung betroffen (siehe Abb. 38). Bundesweit<sup>27</sup> sind neben ausländischen StaatsbürgerInnen aus Nicht-EU/EFTA-Ländern (30%) vor allem Ein-Eltern-Haushalte (29%) und alleinlebende Frauen (mit Pension 24%, ohne Pension 20%) überdurchschnittlich armutsgefährdet, ebenso wie Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (22%), eingebürgerte ÖsterreicherInnen (21%) sowie Mehrpersonenhaushalte mit drei oder mehr Kindern (20%). Am wenigsten armutsgefährdet sind Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und UniversitätsabsolventInnen (je 6%). Einem besonderen Armutsrisiko sind weiters Kinder, Jugendliche und finanziell abhängige junge Erwachsene<sup>28</sup> ausgesetzt.

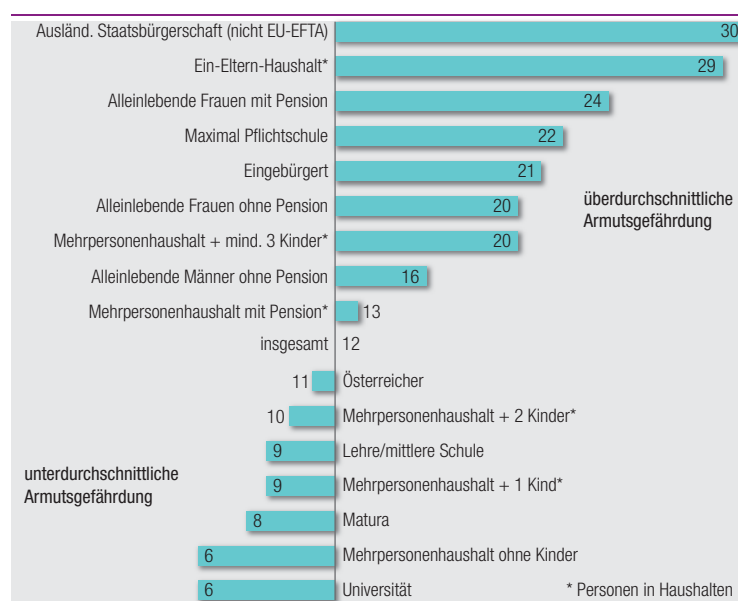


Abb. 38: Armutsgefährdung in Österreich nach betroffenen Personengruppen 2008 in Prozent

Quelle: Statistik Austria-EU-SILC 2008

Laut der *Wiener Lebensqualitätsstudie 2009* weist der Wiener Wohlstandsindex mit 88 von 100 möglichen Punkten ein relativ hohes Niveau auf.

In der *Wiener Lebensqualitätsstudie 2009*<sup>29</sup> wurde nach den finanziellen Möglichkeiten zur Befriedigung grundlegender Lebensbedürfnisse von WienerInnen gefragt. Der daraus ermittelte *Wohlstandsindex*<sup>30</sup> weist für Wien ein relativ hohes Niveau mit 88 von 100 möglichen Punkten aus.

<sup>27</sup> Entsprechende Daten für Wien liegen in dieser Befragung aufgrund der geringen Stichprobengröße nicht vor.

<sup>28</sup> Junge Erwachsene unter 27 Jahren, die aufgrund einer Ausbildung finanziell noch vom elterlichen Haushalt abhängig sind.

<sup>29</sup> <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008123.html> (24. 11. 2010).

<sup>30</sup> Zur Berechnung des Wohlstandsindex wurden Antworten auf Fragen nach der Leistbarkeit grundlegender Konsum- und Versorgungsgüter sowie die persönlich wahrgenommene finanzielle Belastung aus Krediten und Schulden zusammengefasst.

